

Vorstellung der Dortmunder Notfallversorgungs-Initiative

Tim Ellerkmann, Feuerwehr Dortmund, Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie

Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund ist Träger des Rettungsdienstes und hat diese Aufgabe an das Amt für Feuerwehr, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz übertragen. Hierbei handelt es sich um eine der größten rettungsdienstlichen Trägerschaften in ganz Nordrhein-Westfalen.

Aktuell hat der Rettungsdienst, auch in Dortmund, mit vielen Problemen zu kämpfen. Hierzu zählen bspw. steigende Einsatzzahlen, Verlängerungen der Einsatzzeiten, steigende Kostenentwicklung und Schließungen von nachgehenden Versorgungseinrichtungen. Um die rettungsdienstliche Versorgung für die Bevölkerung dennoch aufrecht erhalten zu können, sind die o.g. Probleme bisher durch die Indienstnahme weiterer Fahrzeuge und weiteren Personals kompensiert worden. Diese gängige Praxis wird zukünftig aufgrund vieler Aspekte nicht mehr möglich sein.

Der Rettungsdienst ist jedoch nur einer von drei Sektoren mit einem gesetzlichen Auftrag für die Notfallversorgung der Bürgerinnen und Bürger. Neben dem Rettungsdienst, müssen auch die stationäre sowie die ambulante Notfallversorgung funktionieren und interagieren, um die Notfallversorgung in Gänze zu sichern. Der Rettungsdienst allein kann die Probleme der Notfallversorgung entsprechen nicht lösen.

Dieser Grundlage folgend, hat der Rat der Stadt Dortmund, auf Initiative der Feuerwehr, die Dortmunder Notfallversorgungs-Initiative, per Beschluss ins Leben gerufen. Grundsätzlich als Forschungs- und Innovationsprojekt gedacht, werden hier alle Sektoren der Notfallversorgung aus der Stadt Dortmund, mit weiteren Partnern aus dem Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens, an einen runden Tisch gebracht. Dabei sollen die Probleme der Notfallversorgung identifiziert und durch die Partner direkt gelöst werden. Hierbei können praktische Lösungsansätze gefunden werden, die direkt umgesetzt werden können, Anregungen an bspw. Kostenträger oder auch Vorschläge für Gesetzesänderungen an die Politik entstehen.

Innerhalb des dreijährigen Projektzeitraums kommen die entscheidenden Mitglieder quartalsweise zusammen, um neue Impulse zu geben, Probleme zu diskutieren oder Entscheidungen zu treffen. Die Lösungsfindung erfolgt meist in zusätzlich einberufenen Arbeitskreisen zu bestimmten Themenstellungen.

Nach Projektstart im zweiten Quartal 2025 sind bereits erste Ideen entstanden, die voraussichtlich bereits im Jahr 2026 umgesetzt werden können.